

In den verschiedensten Bundesstaaten, auch in Preußen, sind oftmals proungierte Führer der nationalliberalen Partei, nicht selten aus den Reihen des Landtages heraus, als Minister oder in leitende Stellen von Ministerien berufen worden. In dem „vom Zentrum regierten“ Bayern kommt es höchstens vor, daß ein früherer liberaler Abgeordneter Bundesratsbevollmächtigter in Berlin wird. Und wenn ein feiner Gesinnung nach dem Zentrum nahestehender Ministerialdirektor des Verkehrsministeriums in einer Rede vor christlichen Arbeitern der Provinz in ernsten Worten die Gefahren des religiösen und sittlichen Umsturzes schildert, dann richtet der „Deutscher Liberalismus“ sofort an die Krone selbst die lärmende Aufforderung, den Attentäter zur Strafe in den Ruhestand zu versetzen oder wenigstens öffentlich zu korrigieren. Eine Maßregelung, die das angeblich „herrschende“ Zentrum nur durch Aufwendung seiner ganzen Energie hinhaltend kann. Das nennt der Liberalismus „Zentrumsheerlichkeit in Bayern!“ Man braucht sich nur für einen Augenblick auszumalen, wie es in Bayern aussähe, wenn der Liberalismus auch nur für kurze Jahre über eine absolute Mehrheit im Landtage verfügte.“

— Die Unterstützung der Tabakarbeiter. Im Reichs-Kapitäl fanden am Donnerstag Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiterorganisationen im Tabakgewerbe und den Vertretern des Reichs-Kapitäl unter Leitung des Staatssekretärs Vermuth statt. Die Regierung hat die Absicht, die Unterstützungssätze in der allernächsten Zeit zu ermäßigen und begründet dies damit, daß die Mittel des Reiches es nicht gestatten, die bisherigen Sätze noch weiter zu bezahlen. Für Freitag sind die Vertreter der Unternehmer zu einer Konferenz eingeladen. An Unterstützung für die infolge der Wirkung des Tabaksteuergesetzes geschädigten Tabakarbeiter wurden bisher bezahlt (in runden Summen): Vom 15. August bis Ende Oktober 1909 710 000 Mark, im Monat November 1909 519 000 Mark, im Monat Dezember 1909 387 000 Mark, im Monat Januar 1910 457 000 Mark, im Monat Februar 1910 542 000 Mark, im Monat März 1910 746 000 Mark, im Monat April 1910 761 000 Mark. Insgesamt wurden also bis Ende April dieses Jahres an Unterstützungen 4 112 356,17 Mark ausbezahlt. Da im Monat Mai die Unterstützungssumme mutmaßlich nicht erheblich geringer sein dürfte als im Monat April, wird auch die vom Reichstage über den Betrag von 1 Millionen hinaus bewilligte Summe von 750 000 Mark Mitte Juni völlig aufgebraucht sein. Es ist ganz ausgeschlossen, daß diese hohen Summen allein infolge der hohen Steuern nötig werden; denn heute schon raucht alles wie zuvor, namentlich die Zigarrenhändler sind es, die bestätigen, daß der Konsum nicht zurückgegangen ist. Für die Arbeitslosigkeit müssen also ganz andere Gründe vorliegen.

— Um den nicht vorhandenen schwarz-blauen Block kümmert sich die „Freie P. Z.“ noch zu Tode; sie redet den Liberalen ab, doch ja nicht die Wahlreform zu machen, weil sie unbedingt unter die Räder kommen müßten. Dem schwarz-blauen Block kann die Gruppe Buck-Weimer, vertreten durch die „Rheinisch-Westfälische P. Z.“, gar nicht beitreten. Das macht schon die ununterbrochene und unverhohlene Gegnerschaft zwischen Liberalen und Merkmalen im vielgestaltigen Detail des rheinisch-westfälischen Lebens unmöglich. Auch mit den Christlich-Sozialen können sie sich nicht einigen, weil die Herren L. J. Mann und Genossen sich auf die Arbeiter stützen wollen und zu diesem Zwecke in sozialistischer Agitation an den Arbeiter herantreten. Das Drängen jener Gruppe nach Annahme der Herrenhausbeschlüsse ist nur ein Ausfluß des Wunschens, mit der Regierung zu gehen, auch des ferneren Wunsches, die platonische Wirkung des jetzigen Wahlrechtes nicht durch eine Reform zu verringern. In Rheinland-Westfalen würde eine Abschwächung des blutfraktischen Charakters dem Zentrum zugute kommen. Nun kann man also nicht annehmen, daß die Rechtsnationalen Rheinland-Westfalens sich dem schwarz-blauen Block, d. h. dort also dem Zentrum, anschließen werden, weil eine weitergehende Wahlrechtsreform dem Zentrum nützen würde. Das wäre absurd. Also die schwere Industrie fällt nicht ab.“ Da sieht man, welche Motive das freisinnige Blatt den Nationalliberalen bei der Wahlreform unterstellt. Das Blatt sagt aber auch, warum es die Liberalen in der Opposition halten will: „Für die Liberalen kommt jetzt alles auf die nächsten Reichstagswahlen an. Hier fällt die Entscheidung für lange Zeit. Die Volkstimmung ist stark gegen die Schwarz-Blauen. Mag auch das Zentrum sich erhalten, die Konservativen werden zu geschwächt werden, daß sie mit dem Zentrum keine Mehrheit mehr bilden können. Und mit frischen Kräften in diesen Kampf zu ziehen, müssen sich auch die Nationalliberalen vor zweifelslosen Nachgiebigkeiten hüten. Nicht jedes Kompromiß kann ihnen zum Vorwurf gemacht werden. Bringen sie die geheime Abstimmung und die Neueinteilung der Wahlkreise in die Schenke, so wird das Bild ein anderes. Aber für die Winzigkeiten der Herrenhausbeschlüsse, die mit einer Sprengung des schwarz-blauen Blocks nichts zu schaffen haben, den Anschluß an die verhängte Kraft des Kampfes gegen diesen Block zu verpassen, das wäre doch wohl ein unerbittlicher Fehler. Man würde damit die werbende Kraft der Wahlrechtsfrage einbüßen.“

— Daß die Nationalliberalen aber dies nicht schaffen werden, ist auch klar. Der Liberalismus ist aber in der Hoffnung, auch wenn er bei jeder Wahl unterliegt.

— Ein Kartell von Staatsangestellten und Staatsarbeiterverbänden ist vor kurzem in Frankfurt a. M. gegründet worden. Die Gründungsverammlung war vom Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften Deutschlands einberufen worden. Vertreten waren 85 000 Mitglieder von Eisenbahner-, Postbeamten-, Militär- und anderen Staatsarbeiterverbänden Nord- und Süddeutschlands. Das Kartell hat die Aufgabe, die sozialpolitischen Angelegenheiten der beteiligten Verbände zu bearbeiten. Die Geschäftsführung wurde dem Zentralverbande deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter, Sitz Elberfeld, übertragen.

— Die christlichen Gastwirtsgehilfen Deutschlands haben keinen einheitlichen Verband, wie es in Oesterreich der „Bund der österreichischen Gastwirtsgehilfen“ darstellt. Wohl bestehen in einer Reihe von Orten Lokal-

vereine von Kellnern, die zu einem Reichsverbande zusammengeschlossen sind. Derselbe hielt vor kurzem in Erfurt seinen 4. Verbandstag ab. Diese Tagung bedeutet einen entscheidenden Schritt in der Ausgestaltung zur Zentralgewerkschaft. Es wurde beschlossen, Wochenbeiträge einzuführen und Kranken- und Sterbegeld an die Mitglieder auszugeben. Dem Verbande sind 23 Vereine angeschlossen. Der Reichsverband deutscher Kellnervereine gehört dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften Deutschlands an.

— Die evangelischen Arbeitervereine Deutschlands traten in Elberfeld zu einem Kongress zusammen. Das Hauptthema betraf die Frage: „Wie können wir die handarbeitende Jugend unseres Volkes für Christentum und Vaterland retten?“ Die Referenten besprachen dabei das Gesamtgebiet der christlichen Jugendfürsorge unter Betonung der Notwendigkeit religiös-sittlicher Erziehung.

Belgien.
— Die Kammerwahlen beginnen am Sonnabend. Die vereinigten Gegner der katholischen Mehrheit machen verzweifelte Anstrengungen, um eine Bresche in die Regierungsmauer zu schießen und sich endlich, nach 26 Jahren vergeblicher Hoffnungen der Früchte zu bemächtigen, die ihnen niemals verführerischer und begehrenswerter erschienen. Die Liberalen und Sozialisten haben bisher den Wahlkampf geführt, ohne sich deutlich über ihr Programm zu äußern. Sie mußten jedoch die glänzende Finanzwirtschaft der katholischen Regierung anerkennen. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als den erheblichen Budgetüberschuß von 7 1/2 Millionen Franken, sowie den beständigen Fortschritt des Handels als Tatsachen anzuerkennen. Die Sozialdemokraten geben im Wahlkampfe den Ton an. Die Führer rufen den Liberalen zu, daß sie keine Bedeutung haben, wenn sie nicht den roten Fahnen folgen. Die Sozialdemokraten fördern die Speisung und Kleidung aller Schulkinder. Der Militärdienst soll allgemein sein und auf sechs Monate herabgesetzt sein. Die Sechshelligkeit beim allgemeinen und gleichen und direkten Wahlrecht darf nur sechs Monate betragen. Für die Arbeiterpensionen soll der Staat aufkommen, der Senat müsse verschwinden. Dieses Programm stellte Banderbelle auf. Es rief bei den Liberalen ein Grauen hervor, denn es würde ihren sofortigen Untergang bedeuten. Der sozialistische Führer selbst sagte, daß die Katholiken bei der Abschaffung des Pluralwahlrechtes nichts verlieren würden, wohl aber die Liberalen alles. Bei Betrachtung der Wahlsachen erscheint es ausgeschlossen, daß die Opposition Siege gewinnt. Freilich würden ihr schon fünf Siege genügen, um ihr eine Mehrheit von zwei Stimmen zu verschaffen. Dazu ist aber zu bemerken, daß die katholische Partei im Senate über eine feste Mehrheit von 16 Stimmen verfügt. Die liberal-sozialistische Entente steht auf sehr schwachen Füßen und der geringste Anlaß würde sie zerbrechen. Da der Zusammenhalt der katholischen Wähler in Belgien ein großer ist, so steht zu hoffen, daß die katholische Regierung ihr silbernes Jubiläum überdauern wird. Der belgische Wähler ist zu vernünftig, als daß er sich in Abenteuer stürzen würde.

England
— Die Heiratsfeierlichkeiten in London. Das Wetter am Freitag war schön. Zur Spalierbildung wurden 35 000 Mann Truppen und die ganze Polizei Londons aufgestellt. Nur der Kaiser, der König, die Königin-Mutter, die Kaiserin-Mutter von Rußland und der Herzog von Connaught betrat die Westminsterhalle, die anderen fürstlichen Herrschaften blieben auf den Pferden bzw. in den Equipagen. Nach einem kurzen Gottesdienste wurde der Sarg hinausgetragen, wobei ihm der Kaplan des Erzbischofs von Canterbury mit einem großen goldenen Kreuze voranzschritt. Um 1/4 10 Uhr wurde der Sarg durch einen Offizier und zwölf Mann von der Garde aus der Westminster Halle getragen und auf eine Lafette gesetzt und Krone, Regalien und die Insignien des Hosenbandordens auf das Bahrtuch gelegt. Der Trauerzug setzte sich hierauf in Bewegung. Musikkapellen der Gardebataillone eröffneten ihn; es folgten Abteilungen der Territorial- und Kolonialtruppen, der indischen und regulären Armee, sowie der Marine. Sodann kamen die Abordnungen fremder Heere und Flotten. Hinter ihnen folgten die Feldmarschälle Lord Kitchener, Sir Henry Wood, Lord Roberts, die zwei kommandierenden Admirale und schließlich 63 Flügeladjutanten des verstorbenen Königs, das Gefolge König Georgs, die königlichen Prinzen und die obersten Hofbeamten. Sodann kam die von acht Pferden gezogene Lafette mit dem Sarge. Hinter dem Sarge ritt Admiral Prinz Louis Battenberg, sodann die königliche Standarte, hinter der das Leibregiment König Eduards geführt wurde. Nun folgte zu Pferde König Georg. Zu seiner Rechten ritt der deutsche Kaiser, zu seiner Linken der Herzog von Connaught. Dann folgten zu dreien, ebenfalls zu Pferde, die Könige von Norwegen, Griechenland, Spanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark und Portugal, Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich, der türkische Thronfolger, Prinz Fushima von Japan, Großfürst Michael Alexandrowitsch, Herzog von Aosta, Prinz Rupprecht von Bayern, der Kronprinz von Griechenland, der Kronprinz von Rumänien, Prinz Heinrich der Niederlande, Herzog Albrecht von Württemberg, der Kronprinz von Serbien, Prinz Heinrich von Preußen, der Großherzog von Hessen, der Großherzog von Medlenburg-Strelitz, Prinz Johann Georg von Sachsen, der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, Fürst von Waldeck-Pyrmont, der Herzog von Gise, Prinz Georg Wilhelm von Cumberland, Prinz Alexander von Battenberg, sowie eine große Anzahl weiterer Fürstlichkeiten. Sodann folgten in Wagen die Königin Alexandra, die Kaiserin-Mutter von Rußland, die Prinzessin Royal und Prinzessin Viktoria, die Königin Mary, die Königin Maud von Norwegen und die übrigen fürstlichen Damen. Im siebenten Wagen saßen die Vertreter Chinas, im achten Roosevelt, Wilson und die Vertreter Persiens. In den übrigen Wagen folgten die Vertreter der Kolonien, sowie die Herren und Damen des Hofes. Polizei und Feuerwehrrabteilungen schlossen den Zug. Auf der Station Paddington wurde der Sarg von der Lafette gehoben und in den Sonderzug gesetzt, worauf die Fahrt nach Windsor um 12 Uhr angetreten wurde. Die Fürstlichkeiten nahmen im Zuge Platz. Bei der Ankunft

in Windsor wurde der Sarg von Gardeunteroffizieren aus dem Wagen gehoben, auf eine Lafette gesetzt und mit einem Bahrtuche von rotem Samt und dann mit der königlichen Standarte bedeckt, auf die die königlichen Insignien niedergelegt wurden. Der Lafette mit dem Sarge, die von einer Abteilung von Seeleuten gezogen wurde, folgten die Fürstlichkeiten zu Fuß in derselben Ordnung wie in London, hinter ihnen ebenfalls zu Fuß Roosevelt, Wilson, der Vertreter Persiens, der türkische Minister des Aeußeren, Rifaat Pascha. Nur die Equipage der Königin Alexandra folgte im Zuge. Die übrigen fürstlichen Damen fuhren direkt zur Kapelle. Nach einer anderen Gruppe von Hofbeamten folgten die auswärtigen Botschafter und die Gesandten. An der St. Georgskapelle wurde der Sarg von den Erzbischöfen von Canterbury und York, den Bischöfen von Windsor und Oxford und dem Dekan von Windsor mit der Geistlichkeit und den Beamten der Kapelle empfangen und bis vor den Altar getragen. Nachdem König Georg zu Häupten des Sarges getreten war, begann die kirchliche Trauerzeremonie. Nach deren Beendigung trat der erste Wappenkönig des Hosenbandordens vor und verkündete mit den herkömmlichen feierlichen Worten den Feingang König Eduards und forderte die Versammelten auf, den Segen des Allmächtigen auf den neuen Herrscher herabzusenden.

Türkei.
— Die Pforte hat eine neue Note an die kretischen Schutzmächte gerichtet, worin sie insbesondere auf die Rückwirkungen hinweist, welche die Fortdauer der Kretakrise in Bulgarien hervorrufen könnten, da die mazedonischen Elemente bereits jetzt dahin drängen, die Schwierigkeiten der Türkei auszunutzen. Sichtlich steht die Pforte nach wie vor auf dem schon nach der Zurückziehung der Fremden-detachements von Kreta betonten Standpunkte, daß sie Kreta im besten Falle nur eine Autonomie mit deutlicher Betonung der türkischen Souveränität eventuell unter einem türkischen Gouverneur gestatten könne. Die Pforte plant eine Flottendemonstration vor Kanea mit einer etwaigen Ausschiffung von Truppen. — Die Lage in Albanien ist durch Verquickung mit der kretischen Frage verwickelter und schwieriger gemacht. — Die zum Vormarsch in das Drinital aufgetretenen Truppen rücken langsam gegen Dschakowa an. Neue Gefechte wurden bis jetzt nicht geliefert. Man erwartet demnächst die Ankunft des Kriegsministers in Dschakowa, wohin sich der vertumdete Albaneseinhauptling Isha Waletinat geflüchtet hat.

Amerika.
— Zwei amerikanische Kanonenboote mit 160 Mann Besatzung sind zum Schutze amerikanischer Interessen vor Bluefields angekommen. Sie haben Marinevolontäre gelandet, um die amerikanischen Interessen zu schützen und einen Kampf im Reichsbilde der Stadt zu verhindern.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 21. Mai 1910.

— Der Verein sächsischer Gemeindebeamten hat eine Eingabe an die sächsische Staatsregierung gerichtet, in der er folgende Fragen durch Landesgesetz zu regeln bittet: 1. Errichtung einer Landespensionskasse im Gefehesweane, die auch dann noch zu erstreben sei, wenn der freiwillige Zusammenschluß der Gemeinden zur Tragung der Pensionslasten zustande kommen sollte; 2. Erlangung des passiven Wahlrechts für die Gemeindevertretungen; 3. Stellungnahme gegen die Bestrebungen des Bundes der Militärämter, die Militärämter im Gemeindefeld besser zu stellen, als die aus dem Zivildienste hervorgehenden berufs-mäßigen Beamten; 4. Schaffung eines Gemeindebeamtengesetzes; 5. Erhöhung der Witwen- und Waisenpension. Die Petition soll auch dem nächsten Landtage zugehen, und zwar haben schon eine ganze Anzahl von Abg. ordneten sich mit den Forderungen der Staatsbeamten einverstanden erklärt.

— „Platzarten für den Himmel.“ Unter diesem Titel erzählt die „Wiener Allgem. P. Z.“ und nach dieser sächsische Blätter folgende Geschichte: „In einem Dorfe bei Roßlau in Mähren erschien vor einigen Wochen bei einer Witwe ein Mann, stellte sich als der heilige Petrus vor und erklärte ihr, er wolle ihr anlässlich des voraus-sichtlichen Weltunterganges am 19. Mai gegen entsprechende Bezahlung einen guten Platz im Himmel sichern. Natürlich ist ein guter Platz im Himmel nicht billig, aber der heilige Petrus mußte sich mit einer Anzahlung von 10 Kronen begnügen, da die Witwe erst Geld aus der Sparkasse holen wollte. Beim Hebeben des Geldes klärte man das arme Weib über den Schwindel auf und veranlaßte die Verhaftung des heiligen Petrus.“ — Pfarrer Pribyl im Kurort Roßlau, der schon 34 Jahre in der Gegend wirkt und jedes Dorf um Roßlau kennt, schreibt dazu der Zentral-Auskunftsstelle, daß von der ganzen Geschichte in der ganzen Gegend nichts bekannt ist. Auch die katholischen Lokalblätter haben die Erfindung als solche bezeichnet. Auf diese Weise ist manches abergläubische Stückchen dem katholischen Volke angedichtet worden.

— Unterirdische Gänge in Sachsen. In der Nacht zum Pfingstsonnabend versank in Glauchau plötzlich ein Teil des Straßendamms an der Einmündung der Marktstraße auf den Marktplatz, was den Durchbruch der Gas- und Wasserleitung und die sofortige Räumung eines dreistöckigen Cafes zur Folge hatte. Zweifello ist wieder einmal einer der vielen unterirdischen Gänge eingestürzt, mit denen mehrere Städte unserer Gegend, vor allem Richtenstein, fast völlig unterminiert sind und von denen sich manche viele Kilometer weit verborgen durch das Land hinziehen. Denn von vielen ist die Ausdehnung und die Richtung ebenso unbekannt wie der Zweck, dem sie früher dienten. Der längste von allen ist wohl der sogenannte „Sachsenstollen“, der sich etwa 25 Kilometer lang von Freiberg bis nach Scharfenberg an der Elbe (oberhalb Meißen) hinzieht, so daß er die einst wichtigen Silberbergwerke an beiden Endpunkten miteinander verbindet. Ebenso mögen auch noch viele andere solche Gänge im Interesse des Bergbaues angelegt worden sein, mit dem sie dann wieder versielen. Auch die „Prinzenhöhle“ bei Stein-Gartenstein an der Zwidaauer Mulde ist in Wirklichkeit gar keine Höhle, sondern der Ausgang eines solchen Stollens, durch den vermutlich die Prinzenräuber Wofen und Schönfels — die Genossen Kunzens von Kaufungen — mit dem Altenburger